



Damit Sie draußen wissen,
was drinnen vorgeht

www.kpoe-steiermark.at
**Steirische
Volksstimme**

Landtags-Infoblatt der KPÖ – Sitzungen: 20.1. und 10.2. 2015

Aus dem steirischen Landtag

KPÖ informiert aus erster Hand



Arbeitsplätze schaffen, Bevölkerung entlasten!

Die Steiermark spart angeblich. Aber nicht überall.

Es gibt Beispiele für die Freigiebigkeit des Landes Steiermark. Etwa bei der Therme Bad Gleichenberg, die nach hohen Förderungen um nur 500.000 Euro verkauft wurde. Für Beratungsfirmen wurde ein zweistelliger Millionenbetrag ausgegeben. 2012 wurde bekannt, dass unter Landesrätin Edlinger-Ploder den Universitätskliniken 76,2 Mio. Euro

entgangen sind, weil diese beim Bund nicht eingefordert wurden. Gekürzt wird bei Pensionen, Bildung, Gesundheit...

Schulden streichen!

Was wir statt Kürzungen und Belastungen tatsächlich brauchen, ist ein Schuldenschnitt bei den öffentlichen Haushalten. Das käme der Bevölkerung direkt zugute und würde öffentliche Aufträge ermöglichen, die Arbeitsplätze schaffen und

die Kaufkraft erhöhen. Zumindest ist es höchste Zeit für das Aussetzen der Zinszahlungen. Überall wird gekürzt, nur die Zahlungen an die hoch subventionierten und staatlich gestützten Banken werden nicht in Frage gestellt. Besonders unverfroren: Während soziale Transferleistungen seit Jahren nicht wertangepasst oder sogar verschlechtert wurden, gibt es bei der Parteienförderung eine automatische Wertanpassung der Fördergelder.



Obfrau des KPÖ-Landtagsklubs:
Claudia Klimt-Weithaler

Arbeitslosigkeit: Wieder ein trauriger Rekord

Klimt-Weithaler: „Kürzungskurs brachte Steiermark in Abwärtsspirale“

56.290 Personen waren in der Steiermark im Jänner 2015 als arbeitssuchend gemeldet. Dazu kommen 8.500 Arbeitslose, die sich in Schulungsmaßnahmen befinden und 901 Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen.

Bei näherer Betrachtung der Zahlen fällt auf, dass es im Bereich der Sozial- und Bildungsberufe eine besonders hohe Zunahme der Arbeitslosigkeit gibt (+ 30 %). Das ist auch eine Folge der Kürzungs-

politik der Landesregierung, betont KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Seit 2011 werden systematisch Arbeitsplätze im Bereich der Behindertenbetreuung, der Jugendwohlfahrt und der öffentlichen Verwaltung vernichtet. Die KPÖ kritisiert, dass die Landesregierung angesichts der dramatischen Entwicklung am Arbeitsmarkt ihren Kürzungskurs unbeirrt weiterverfolgt.

„Die Arbeitslosenstatistik ist eine Hiobsbotschaft für die Stei-

ermark. Noch vor wenigen Jahren wären solche Zahlen kaum vorstellbar gewesen. Die Regierung nimmt sie einfach hin. Es drohen sogar weitere Einschnitte, wie man Ankündigungen von LH Voves entnehmen kann. Dem Verlust von Arbeitsplätzen folgt ein Verlust von Kaufkraft. Die Budgetpolitik der Landesregierung geht in die falsche Richtung. Immer mehr werden in die Abhängigkeit von Unterstützungen gedrängt, die dafür immer geringer ausfallen. Die Steiermark befindet sich auf-

grund dieser Politik in einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale“, so Klimt-Weithaler.

Die KPÖ hält in dieser angespannten Lage öffentliche Investitionen für unverzichtbar, etwa in den sozialwirtschaftlichen Bereich. Dieser wird seit 2011 systematisch ausgehungert. Die Folgekosten der kurzfristigen Kürzungen der „Reformpartner“ werden sich als enorm hoch erweisen, auch wenn sie sich kurzfristig als Einsparungen darstellen lassen.

Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA
8020 Graz VNr: 07Z037205

Schulden erlassen!

Volksbegehren für den
EU-Austritt

Eintragungswoche
24. Juni bis 1. Juli





Franken-Spekulation reißt Loch in Landesfinanzen

Aus 219 Mio. Euro Schulden wurden über Nacht 270 Millionen

Das Land Steiermark hat offene Franken-Kreditverträge in Höhe von 265.000.000 Schweizer Franken (CHF). Diese Kredite wurden abgeschlossen, als sich das Land durch den Fremdwährungskredit Zinsvorteile erhoffte. Die Entscheidung der Schweizerischen Nationalbank, den Euro-Mindestkurs aufzugeben, hat deshalb massive Auswirkung auf die Schuldensituation des Landes Steiermark. Darauf wies KPÖ-LAbg. Werner Murgg hin.

Die noch bestehende Schuld von anfänglich 182 Mio. Euro ist auf zunächst 219 Mio. und derzeit 270 Mio. Euro angewachsen. Stellt man den ursprünglichen Zinsvorteil in Rechnung, droht dem Land unter dem Strich ein **Verlust von bis zu 80 Mio. Euro**. Die Zinsvorteile wurden bereits in den vergangenen Budgets verbraucht, sie stehen heute nicht mehr zur Abdeckung des Wechselkursrisikos zu Verfügung.

Die KPÖ hat aufgrund der negativen Konsequenzen dieser Entwicklung für die steirische



KPÖ-LAbg. Werner Murgg, Vorsitzender des Kontrollausschusses

Bevölkerung, die die Spekulationsverluste letztendlich bezahlen muss, in der Landtags-sitzung am 20. Jänner 2015 eine Dringliche Anfrage an Finanzlandesrätin Vollath eingebracht.

Der Wechselkurs zwischen Schweizer Franken und Euro ist am 15. Jänner 2015 abrupt von ca. 1,20 auf 1,02 gefallen. Die Kreditschulden für die aufgenommenen **182 Mio. Euro** betragen also zum Stichtag **270,3 Mio. Euro**.

Empörend: Handy-Werbung bei Schuleinschreibung

Klimt-Weithaler: „Schulen dürfen nicht zu Marketing-Zonen werden!“



Für Unmut sorgt eine als Buch getarnte Bankwerbung, die im Rahmen der Schuleinschreibung an Kindergartenkinder verteilt wird. Kindern im Alter von fünf und sechs Jahren werden darin Handy und Bankkarte schmackhaft gemacht. Die Bank bietet lt. ihrer Webseite tatsächlich ein Konto für Kinder ab sechs an und „unterstützt Eltern bei der Anschaffung eines Einsteiger-Smartphones“. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler ist über diese Werbung empört und verlangt vom Landesschulrat, die Verteilung dieser Wer-

bebroschüre sofort einzustellen.

Klimt-Weithaler: „Es ist schlimm genug, dass unsere Schulen in Werbezonen verwandelt wurden. Eine so aggressive Werbung, die sich an Kinder im Vorschulalter richtet, ist aber eine neue Qualität. Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen sollten eigentlich Orte sein, an denen Kinder vor Manipulation und Werbung geschützt sind. Ich appelliere an den Landesschulrat, diese Belästigung von Eltern und Kindern abzustellen.“

Top-Ticket für Studierende: Regierung bleibt untätig

Klimt-Weithaler (KPÖ): „ÖV ist in der Steiermark zu teuer“

Die KPÖ forderte im Rahmen der verkehrspolitischen Debatte in der Landtagssitzung am 12. Februar die Einführung des Top-Tickets für steirische Studierende. Trotz Beteuerungen aller Parteien, das Anliegen zu unterstützen, blockierten FPÖ, SPÖ und ÖVP die Einführung der günstigen ÖV-Jahreskarte.

Für Studierende gibt es seit der Abschaffung durch den Bund im Jahr 1996 keine Freifahrtmöglichkeit mehr. Lehrlinge und SchülerInnen können öffentliche Verkehrsmittel stark vergünstigt in Anspruch nehmen. Die KPÖ erneuerte heute im Rahmen einer verkehrspolitischen Debatte im Landtag ihre Forderung nach einer raschen Einführung des

Top-Tickets für Studierenden noch vor Beginn des nächsten Studienjahres.

Um die finanziellen Folgen abzumildern, haben sich der Bund, das Land Steiermark und verschiedene Hochschulstädte bereiterklärt, eine Studienkarte einzuführen. Diese bietet gegenüber der Verbundmonatskarte eine Vergünstigung von lediglich 38,5 %. Die Stadt Graz hat zusätzlich den Mobilitätsscheck für Studierende mit Hauptwohnsitz in Graz eingeführt, um eine weitere Entlastung der Studierenden zu ermöglichen. Im Vergleich zu den Studienorten Wien und Linz sind das aber unattraktive Tarifbedingungen für Studierende und ein wesentlicher Standortnachteil des Studienortes Graz.

Durch eine Mitfinanzierung des

Bundes können SchülerInnen und Lehrlinge zusätzlich zur Freifahrtregelung zwischen Wohnort und Schule bzw. Ausbildungsplatz mit dem sogenannten „Topticket“ den öffentlichen Verkehr zu aktuell 99 Euro nutzen. Die KPÖ setzt sich seit langem dafür ein, dieses Ticket auch Studierenden zugänglich zu machen. Die Kosten für das Land würden rund 500.000 Euro betragen.

Zur Finanzierung des Öffentlichen Verkehrs hat die KPÖ auch ihre Forderung erneuert, eine Nahverkehrsabgabe nach Vorbild der Wiener U-Bahnsteuer einzuführen. Diese wird von größeren Unternehmen bezahlt, die auch stark von einer gut funktionierenden Verkehrsinfrastruktur profitieren. In der Steiermark würde eine vergleichbare Abgabe ca. 25 Mio. Euro pro Jahr bringen. Der Antrag wurde

von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt.



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: tk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

KPÖ für Ausstieg aus dem „kleinen Glücksspiel“

Wien hat es vorgezeigt: Es ist möglich, aus dem sogenannten „kleinen Glücksspiel“ auszusteigen. 70 Prozent der österreichischen Bevölkerung sprechen sich laut einer Profil-Umfrage vom Jänner 2015 für ein Verbot von Spielautomaten aus. Trotzdem zwingen SPÖ, ÖVP und FPÖ der steirischen Bevölkerung ab 2016 ein Gesetz auf, das die größtmögliche Anzahl an Automaten und die höchstmöglichen Einsätze erlaubt. Die KPÖ hat am 9. Februar vor dem Landhaus eine Protestaktion gegen die politisch geförderte Geschäftsmacherei mit der Spielsucht durchgeführt.

Die Grazer Stadträtin Elke Kahr und die KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler wandten sich dabei an die Bevölkerung und bekräftigten die Forderung nach einem Ausstieg aus dem „kleinen Glücksspiel“ nach Wiener Vorbild. Dort sind die Automaten seit Jahresbeginn verboten. Die Erfahrungen sind äußerst positiv. „Wir möchten der steirischen Landesregierung (SPÖ, ÖVP, FPÖ) mit unserer Aktion mitteilen, dass wir für ein Verbot der Mini-Casinos eintreten. Sie haben schon zu viel Schaden angerichtet“, so Klimt-Weithaler.

Elke Kahr: „Betroffene ver-



Protestaktion der KPÖ gegen die politisch geförderte Geschäftsmacherei mit der Spielsucht am 9. Februar vor dem Landhaus.

spielen zuerst ihre eigene Existenz, dann die ihrer Verwandten und Freunde und schließlich die Zukunft ihrer Kinder. Die Hilferufe werden oft nicht gehört. Die Landesregierung hat keine Lösungen anzubieten, dafür aber viele Ausreden, warum sie weiterhin am „kleinen Glücksspiel“ festhält. Die Anträge der KPÖ wurden jahrelang ignoriert.“

Das will die KPÖ:

- Keine Geschäfte mit der

Spielsucht: Ausstieg des Landes Steiermark aus dem „kleinen Glücksspiel“

- Aufklärungskampagne für Jugendliche an steirischen Schulen – viele Spielsüchtige waren jünger als 18, als sie mit dem Spielen angefangen haben
- Verbot von Werbung für Glücksspiel und „Live-Wetten“
- Strengere Regeln für „Live“-oder „Sportwetten“

60.000 bis 80.000 direkt oder indirekt von der Spielsucht Betroffene gibt es nach offiziellen Zahlen des Landes in der Steiermark. In fast allen Fällen steht die Spielsucht in Zusammenhang mit Spielautomaten. Die Spielsucht treibt Jahr für Jahr viele Steirerinnen und Steirer in den Ruin. Die meisten Spielsüchtigen sind hoch verschuldet, auch ihre Angehörigen sind betroffen und können kaum auf Unterstützung hoffen.

Kurzmeldungen +++Kurzmeldungen +++Kurzmeldungen +++

KSG: Geldverschwendung auf Kosten der Kultur

Der Landesrechnungshof kritisiert grobe Missstände im Bereich der Kultur-Service-Gesellschaft. Die im Eigentum des Landes Steiermark befindliche Einrichtung gab über mehrere Jahre hohe Summen für Aufsichtsräte und Beratungsfirmen aus. Gleichzeitig müssen Kulturschaffende in der Steiermark monatelang warten, bis sie erfahren, ob Projekte gefördert werden.

Das Kulturkuratorium tagte 2013 Mal 30 Mal und verursachte Sitzungskosten von 83.000 Euro. Der laut RH-Bericht unnötige Aufsichtsrat verschlang pro Jahr 18.000 Euro – unabhängig davon, ob einzelne Mitglieder die Sitzungen überhaupt besuchten. Die

Kosten für externe Beratung in der Höhe von 40.000 Euro schreiben eine Tradition der Geldverschwendung fort, die auch in anderen Bereichen des Landes Steiermark jahrelang hohe Summen verschlungen hat.

Klimt-Weithaler: „Angesichts der Enthüllungen des Rechnungshofes stellt sich die Frage, ob das Geld nicht bei den Kulturschaffenden selbst besser aufgehoben wäre.“

Kommunalkredit-Privatisierung schadet Ländern und Gemeinden

Die notverstaatlichte Kommunalkredit-Bank soll nun an einen deutschen „Heuschrecken“-Investmentbanker verkauft werden. Leidtragende wären Länder und Gemeinden. Es

wird befürchtet, dass der neue Eigentümer die Bank an einen Hedgefonds weiterverkauft. Die Kredite könnten sich dann empfindlich verteuern, die Folge wären weitere Kürzungspakete auf Kosten der Bevölkerung.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg weist darauf hin, dass die Kommunalkredit über eine Tochter auch Förderungen abwickelt, etwa beim Wasserwirtschaftsfonds und im Bereich der thermischen Sanierung. Ca. 70 Prozent aller heimischen Gemeinden sind Kunden der Kommunalkredit. „Eine Verscherbelung der Kommunalkredit an einen Hedgefonds könnte unabsehbare Folgen für die österreichischen Kommunen und Länder haben. Zuerst wurde die Bank mit öffentlichem Geld aufge-

fangen, jetzt soll sie zur Spekulation freigegeben werden. Das ist inakzeptabel und birgt ein hohes Risiko. Die Bank soll in öffentlichem Eigentum bleiben!“, so Murgg

Alles in Ordnung im Krankenhauswesen?

Der aktuelle Regionale Strukturplan Gesundheit und die neue Arbeitszeitregelung für Spitalsärzte lassen eine Leistungsreduktion in den Spitälern befürchten. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ) stellte dazu kritische Fragen an den zuständigen Landesrat Christopher Drexler (ÖVP).

Drexler gab zu, dass bezüglich langer Wartezeiten bei Operationen die Kritik der KPÖ berechtigt sei. Ansonsten konnte er keine Probleme erkennen.

**KPÖ: In Stadt & Land
Helfen statt reden**

Gemeinderatswahlen 22. März: KPÖ steht in 30 Gemeinden zu Wahl

In 30 Gemeinden, in denen insgesamt über 260.000 Steirerinnen und Steirer leben, steht die KPÖ am 22. März zur Wahl. So viele waren es zuletzt 1975.

In folgenden Gemeinden kann man bei den steirischen Gemeinderatswahlen die KPÖ wählen: Bruck an der Mur, Deutschlandsberg, Eisenerz, Feldbach, Feldkirchen, Fohnsdorf, Geistthal-Södingberg, Gössendorf, Gratwein-Straßengel, Judenburg, Kap-

fenberg, Kindberg, Knittelfeld, Köflach, Leoben, Mooskirchen, Mürrzuschlag, Niklasdorf, Obdach, Pöllau, Seiersberg-Pirka, Spielberg, St. Barbara, St. Michael i.O., St. Stefan ob Leoben, Trieben, Trofaiach, Vasoldsberg, Voitsberg und Zeltweg.

Die KPÖ tritt für einen Gebührenstopp in den Gemeinden ein. In Graz konnte KPÖ-Stadträtin Elke Kahr diese Forderung durchsetzen. Das öffentliche Eigentum muss erhalten bleiben. In vielen Gemeinden ist die KPÖ die einzige Partei, die Kontrolle ausübt und auf nicht rechtskonforme Vorgänge aufmerksam macht.



Tag der offenen Konten

Mandatarinnen und Mandatare der KPÖ spendeten 2014 über 110.000 Euro



Helfen statt reden: Bei der KPÖ verdient niemand mehr als 2200 Euro. Der Rest wird verwendet, um Menschen in Notlagen zu helfen.

Am 29.12.2014 legten Mandatarinnen und Mandatare der KPÖ wie jedes Jahr die Verwendung ihrer Polit-Bezüge offen. Bei der KPÖ gilt, dass ein Großteil der Bezüge für in Not geratene Menschen verwendet wird. Dabei gilt eine Gehaltsobergrenze von 2200 Euro.

2014 wurden von der Grazer Stadträtin Elke Kahr sowie von den Landtagsabgeordneten der KPÖ, Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg, insgesamt € 110.564,81 zur Unterstützung von in Not gera-

tenen Menschen zur Verfügung gestellt.

Die KPÖ-Landtagsabgeordneten Klimt-Weithaler und Werner Murgg wiesen darauf hin, dass die stark steigenden Wohnkosten (Miete, Betriebskosten) für immer mehr Menschen zu einem Problem geworden sind. „Die Einkommen halten mit der Teuerung nicht Schritt, das spüren wir auch in den Sprechstunden. Ein Gebührenstopp, wir ihn die KPÖ in Graz durchgesetzt hat, ist steiermarkweit eine überfällige Maßnahme“, so Murgg.

Polit-Bezüge: Alle gegen die KPÖ

Im Rahmen der Budgetsitzung des Landtags am 16.12.2015 erneuerte die KPÖ ihre Forderung, die Polit-Bezüge um 30 Prozent zu senken. Der Landeshauptmann verdient z.B. 16.300 Euro, sein Stellvertreter 15.500 Euro. Die KPÖ hat auch vorgeschlagen, den höchsten Bezug mit dem Fünzfachen einer Mindestpension zu beschränken. In seltener Einigkeit stimmten SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne gegen den Antrag der KPÖ.

Bürgermeistergehälter im Vergleich

Euro monatlich, 14 x pro Jahr, brutto

Einwohner	Vergleich 2013 in Euro, 14 Mal	Seit 2015 (mit Nebenberuf) in Euro, 14 Mal	Seit 2015 (hauptamtlich) in Euro, 14 Mal
1.001 - 2.000	2.160	3.433	4.291
2.001 - 3.000	2.575	3.862	4.282
3.001 - 5.000	2.824	4.292	5.364
5.001 - 7.000	3.655	5.150	6.437
7.001 - 10.000	4.320	5.579	6.974
10.001 - 15.000	5.399	6.437	8.047
15.001 - 20.000*	(neu)	7.296	9.119
20.001 - 30.000	7.060	8.153	10.192
über 30.000*	(neu)	8.583	10.729

